

Westfälischer Anzeiger

Hammer Zeitung

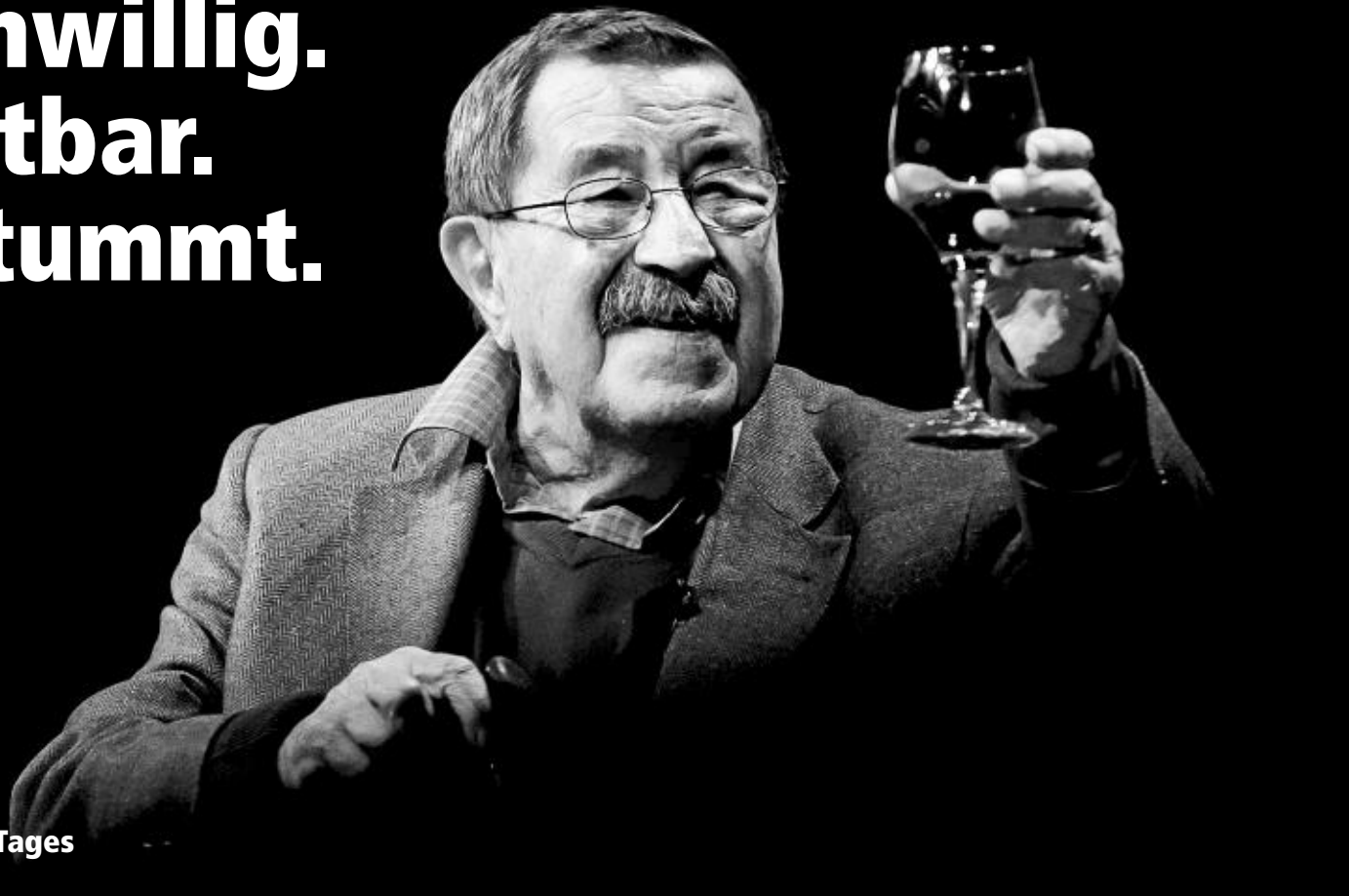
Nr. 86, Dienstag, 14. April 2015

WA.de

€ 1,30

Eigenwillig. Streitbar. Verstummt.

Zum Tode von Günter Grass
S. 2: Kommentar
S. 3: Thema des Tages



HAMM AKTUELL

Schicksal des Tierheims entscheidet sich morgen

Außerordentliche Sitzung des Tierschutzvereins

HAMM ■ Morgen entscheidet sich das Schicksal des vom Tierschutzverein betriebenen Tierheims mit Tierpension am Gallberger Weg. Auf einer außerordentlichen Versammlung soll über den Vorschlag des Vorstands entschieden werden, das Gelände zu einem Festpreis von 50000 Euro an die Stadt Hamm zu übertragen. Eine Nachnutzung durch den Tierpark ist vorgesehen. → Lokales



Tierheim und -Pension am Gallberger Weg. ■ Foto: Rother

Stadt klagt gegen Architekten

HAMM ■ Im Falle der Baumängel, die nach nur zwei Jahren an der Fassade des neuen Musikschul-Gebäudes in Hamm aufgetreten sind, will die Stadtverwaltung nun den Architekten in die Pflicht nehmen. Noch im Laufe dieses Jahres könnte es zu einem Rechtsstreit vor dem Dortmunder Landgericht kommen. → Lokales

Antwerpen überrascht

HAMM ■ Dass das Nachholspiel in der Fußball-Oberliga am Mittwoch zwischen Westfalia Rhynern und RW Ahlen ein Spitzenspiel sein würde, hätte Marco Antwerpen vor der Saison kaum für möglich gehalten. „Das war nicht zu erwarten“, sagte der Trainer des Tabellenführers RWA, der Rhynern unter Zugzwang sieht. → Sport lokal

Quote über NRW-Schnitt

U3-Versorgung in Hamm bei 38,2 Prozent

HAMM ■ Die U3-Versorgungsquote liegt in Hamm im kommenden Kindergartenjahr bei 38,2 Prozent. Bezogen auf die ein- und zweijährigen Kinder – also die Kinder, die seit dem 1. August 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben – beträgt die Versorgungsquote sogar 56,3 Prozent. Diese Zahlen veröffentlichte gestern das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen. Mit diesen Quoten liegt Hamm über den landesweiten Werten von 36,9 beziehungsweise 54,9 Prozent. Niedrigere Versorgungsquoten als Hamm hat beispielsweise der Kreis Unna (37,0 und 54,5), höher liegen sie da-

gegen in der Stadt Soest (41,5 und 59,2). Wie das Ministerium mitteilte, hat das Jugendamt der Stadt Hamm für das Kindergartenjahr 2015/16 insgesamt 1707 U3-Kindpauschalen, also Plätze, beantragt, 1257 in Kitas, 450 in der Kindertagespflege. Bei den Über-Dreijährigen liegt die Zahl der Kindpauschalen im laufenden Kitajahr in Hamm bei 4559. Die Betreuungsquote der dreijährigen Kinder liegt in Hamm bei 82,7 Prozent. Laut Ministerium stehen Hamm über den kommenden drei Jahren aus dem neuen Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsförderung“ des Bundes exakt 1 121 895,25 Euro zur Verfügung. ■ asc → Politik

Berg von Asylanträgen wächst

Geld und Stellen fehlen / NRW wirft dem Bund Verantwortungslosigkeit vor

BREMEN/DÜSSELDORF ■ In der Flüchtlingsdebatte steigt der Druck auf die Bundesregierung: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg muss nach Auffassung der SPD-Innenminister und -senatoren wesentlich mehr Stellen bekommen, damit dort Asylanträge schneller bearbeitet werden können.

„Der Bund ist Herr des Verfahrens“, sagte gestern NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD). Die Zahl von derzeit 200 000 unbearbeiteten Anträgen bei einer durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von sechs Monaten sei verantwortungslos. Noch in diesem Jahr müssten deshalb beim Bundesamt 1000 neue Stellen eingerichtet werden. Geplant sei aber nur ein Plus von 350 Stellen, monierte Jäger nach einer Konferenz der SPD-Innenminister und -senatoren aus neun Bundesländern in Bremen. Das reiche nicht einmal, um den Zuwachs an Flüchtlingen aufzufangen. Die SPD-Innenminister plädieren deshalb auch dafür, dass der Bund die Kosten übernimmt, wenn Asylverfahren länger als drei Monate dauern. Im Koalitionsvertrag sei vereinbart worden, bis Ende der Legislaturperiode die Dauer auf drei Monate zu verkürzen. Auch für die Unterbringung von Asylsuchenden müsse der Bund den Ländern und Kommunen mehr Geld geben. Angesichts der wachsenden Zahl von Flüchtlingen stünden Länder und Kommunen vor großen Herausforderungen. „Wir werden das leisten“, betonte Jäger.

Zahlen steigen

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schätzt, dass dieses Jahr rund 300 000 Flüchtlinge nach Deutschland kommen. Die Bundesländer rechnen aber inzwischen mit viel mehr. Aus ihrer Sicht ist deshalb die Zusage des Bundes vom Dezember unzureichend, 2015 und 2016 je eine halbe Milliarde Euro bereitzustellen. ■ dpa

Aber der Bund müsse mehr geben als bereits zugesagt. Bisher gebe es „keine gesamtgesellschaftliche Verantwortung“ im Umgang mit Flüchtlingen, warf Jäger der Bundesregierung vor.

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat unterdessen die Praxis verteidigt, zu Flüchtlingsheimen umgewid-

meten Gebäuden den Versicherungsschutz zu entziehen. Wenn Schulen, Lagerhallen oder Privaträume zur Unterbringung von Asylbewerbern genutzt würden, gebe es neue Gefahren und Auflagen, teilte der Gesamtverband GDV gestern mit.

Es sei die Aufgabe der Versicherer, auf solche Gefahrenlagen hinzuweisen und erst dann Versicherungsschutz zu gewähren, wenn die Mängel beseitigt seien.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) hatte zuvor mit Blick auf gekündigte Versicherungsverträge von einem fatalen Signal gesprochen. „Wer Unterkünfte für Flüchtlinge zur Verfügung stellt, darf doch nicht dadurch bestraft werden, dass ihm der Versicherungsschutz entzogen wird“, so Maas. ■ Inw

NRW will völliges Verbot von Fracking

Gesetzesinitiative über den Bundesrat geplant

DÜSSELDORF ■ Nordrhein-Westfalen will über den Bundesrat Änderungen am Gesetzentwurf von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) zum umstrittenen Fracking erreichen. Ziel sei ein komplettes Verbot der Technologie zur Förderung von Erdgas und Erdöl aus tiefen Gesteinsschichten, wie es in Medienberichten unter Berufung auf eine Stellungnahme der rot-grünen Landesregierung hieß. Darin wird gefordert, „den Einsatz von Fracking in unkonventionellen Lagerstätten rechtssicher aus-

zuschließen“. Dieses Ziel werde durch den am 1. April verabschiedeten Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht sichergestellt.

Gegen den Gesetzentwurf zum Fracking, über den nun der Bundestag beraten muss, gibt es breiten Widerstand, der bis in die Reihen der Koalition reicht. Umstritten ist auch, ob der Bundesrat dem Gesetz zustimmen muss. Die Düsseldorfer Landesregierung lehnt Fracking strikt ab, weil sie Gefahren für Menschen und Umwelt befürchtet. ■ epd



Den Bürgern den Puls gefühlt

Die Bundesregierung hat den Startschuss für einen neuen Dialog mit den Bürgern gegeben: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU/Bildmitte) und SPD-Chef Sigmar Gabriel (links) eröffneten in Berlin unter dem Motto „Gut leben in Deutschland – was

uns wichtig ist“ eine Reihe von insgesamt 150 Veranstaltungen zum Thema Lebensqualität. „Wir sind neugierig“, sagte Merkel in ihrem Auftaktstatement. Dazu gehören auch, zuzugeben, „dass wir nicht alles wissen“. ■ Foto: dpa

Regierung lehnt Impfpflicht an Rhein und Ruhr ab

DÜSSELDORF ■ Die Landesregierung NRW lehnt die Einführung einer Impfpflicht für Masern ab. Das teilte Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens (SPD) auf eine Anfrage aus dem Landtag mit. Die Landesregierung setze auf eine „sachliche, neutrale

Information“ der Bürger, erklärt Steffens.

Eine ähnliche Auffassung vertritt der Präsident des Robert-Koch-Instituts, Lothar Wieler: „Es kann Situationen geben, in denen man zeitlich und räumlich beschränkt“ über eine Pflicht nachdenken

müsse, sagte Wieler in einem Interview. Langfristig sei es sinnvoller, zu freiwilligen Impfungen zu animieren. Vor allem bei jungen Erwachsenen habe Deutschland ungenügende Masern-Impfquoten. „Wir erreichen bei Weitem nicht die Ziele der Welt-

gesundheitsorganisation WHO“, sagte Wieler. Zu den Kernaufgaben des bündeseigenen Robert-Koch-Instituts zählen die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankheiten, insbesondere der Infektionskrankheiten in Deutschland. ■ epd/eB

Seefahrt statt Sushi-Theke

Vier Jahre nach der Tsunami-Katastrophe in Japan ist an der Küste Amerikas ein japanisches Schiffswrack mit einem Fischtank voll lebender Fische angespült worden. Wie eine japanische Agentur meldete, tummelten sich in dem Tank rund 20 Gelbschwanzmakrelen, die üblicherweise in japanischen Küstengewässern vorkommen. Ein örtliches Aquarium in Oregon wolle sich der Fische annehmen, hieß es. ■ dpa



Flüchtlingsstrom reißt nicht ab

Beim Untergang eines Flüchtlingsboots sind im Mittelmeer mindestens neun Menschen ertrunken. Das Boot sei zwischen Libyen und Italien gekentert, berichtete die italienische Küstenwache. 144 Flüchtlinge seien gerettet und nach Italien gebracht worden. Weil sich das Wetter

gebessert hat, kommen derzeit tausende Flüchtlinge in Italien an. Die Internationale Organisation für Migration (IOM) sprach von 2800 Geretteten am Wochenende. Das Foto zeigt ein Flüchtlingsboot, das am Vortag von der Küstenwache entdeckt wurde. ■ Foto: AFP

INHALT



Urteilsspruch

Schlappe für NRW-Umweltminister Remmel: Das Oberverwaltungsgericht gab einer Klage zur Gänse-Jagd statt. → Land und Leute

Dividendenregen

Die 616 börsennotierten Unternehmen in Deutschland schütten den üppigsten Dividendenregen der Geschichte aus. → Wirtschaft

Entführungswelle

Die Terrorgruppe Boko Haram hat in Nigeria seit dem vergangenen Jahr mehr als 2000 Frauen und Mädchen entführt. → Hintergrund

Flächenbrand

In Sibirien sind bei schweren Waldbränden mehr als 5000 Russen obdachlos geworden. → Blick in die Welt

EURO 1,055 \$ (-0,002)

DAX 12 339 (-36)

DOW 17 981 (-76)

Westfälischer Anzeiger
*Gutenbergsstr. 1 · 59065 Hamm
Telefon 0 23 81 / 1 05-0
WA.de

